

Antrag des Arbeitskreis Kommunales der Jusos Mannheim

Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:

Wir Jusos in Mannheim haben den Anspruch, die Stadt gerechter und besser für alle zu machen.

Daher haben wir die Zukunftsagenda geschrieben, aus der wir ein paar Forderungen nun in diesem Antrag formulieren:

Der Bereich Digitalisierung ist von zentraler Bedeutung für die Stadt Mannheim. Um Vorreiter zu sein gibt es eine Maßnahme:

- Die Stadt Mannheim soll eine sogenannte Stadt-App einführen, die zur Vereinfachung und Zentralisierung der Dienstleistungen der Stadt dient ohne App-Nutzer beim Gebrauch städtischer Angebote generell zu bevorzugen. Zu diesen Dienstleistungen gehören:
 - a. E-Governance und Behördenvorgänge
 - b. Mängel- und Müllmelder
 - c. Informationscenter der Stadt Mannheim
 - d. Vereinfachung politischer Partizipation, z.B. beim Beteiligungshaushalt
 - e. Eine Übersicht über den institutionellen Aufbau der Verwaltung, Parteien, usw
 - f. Fahrscheinloser ÖPNV
 - g. Die damit verbundene Einführung der Bürgercard zur Speicherung der Daten und Verknüpfung mit Mobilitäts-Angeboten

Demokratie:

- Die Mittel für den Beteiligungshaushalt der Stadt sollen erhöht werden

Bildung:

- Kita Gebühren in der Stadt sollen in öffentlichen Einrichtungen abgeschafft werden
- Ausbildungsplatzgarantie für junge Mannheimerinnen und Mannheimer in der Stadt
- Sprachkurse für Geflüchtete müssen gratis sein
- Zentrale digitale Lehrmittelsammlung einrichten

Integration:

- Die Stadtverwaltung, alle städtischen Unternehmen und Dienstleister sowie Unternehmen, die Aufträge von der Stadt erhalten sollen das anonymisierte Bewerbungsverfahren verpflichtend einführen.

Infrastruktur

- Innerhalb der Quadrate im Innenstadtring soll das Fahren der Straßenbahn umsonst sein
- Der Schul- und Ausbildungsweg soll für junge Menschen im ÖPNV gratis sein
- Für Menschen unter 25 und über 65 soll es eine stark vergünstigte Monatskarte für den VRN-Bereich geben, damit Mobilität kein einschränkender Lebensfaktor ist
- Flächendeckendes öffentliches WLAN in der Innenstadt und an den Bahnstationen sowie in den Straßenbahnen und S-Bahnen des VRN

Wohnen

- Eine Quote für sozialen Wohnungsbau von 30% bei allen Investitionen ab 10 Wohneinheiten
- 3500 preisgünstige Mietwohnungen bis 2030

Sicherheit und Ordnung:

- Die Stadt Mannheim soll sich gegen den Einsatz von großflächiger Videoüberwachung aussprechen.
- An Plätzen und anderen heiklen Stellen soll der verstärkte Aufbau von Notrufsäulen geprüft werden, mit deren Hilfe ein schneller Kontakt zu den Sicherheitskräften aufgebaut werden kann. Zudem sollen die Notrufsäulen mit Automatisierten Externen Defibrillatoren (AED) ausgestattet sein.
- Die flächendeckende und schnelle Versorgung durch die Rettungsdienste soll gewährleistet werden. Dafür fordern wir eine Rettungsdienstreform, durch die die Stadt Träger der Rettungsdienste wird und eigene Entscheidungen über den Rettungsdienst fällen kann.
- Wir fordern eine integrierte Rettungsleitstelle in Mannheim.
- Um den Problemen des Drogenmissbrauchs nachhaltig zu begegnen fordern wir eine verpflichtete Präventions- und Aufklärararbeit an Schulen ab 7.Klasse und eine verstärkte Sensibilisierung von Geflüchteten für das Thema.
- Es sollen "Drug-Checking" Stellen eingerichtet werden, an denen anonym die Zusammensetzung von illegalen Drogen überprüft werden kann. Gleichzeitig soll eine umfassende Aufklärung angeboten werden.
- Wir fordern die langfristige Einführung legaler und sicherer Möglichkeiten des Cannabiserwerbs in der Mannheimer Innenstadt, durch die ein legaler und kontrollierter Handel mit Cannabis ermöglicht werden soll. In Verbindung mit der Einrichtung eines solchen "Shops" sollen Präventionsveranstaltungen angeboten und konkrete Jugendschutzmaßnahmen eingeführt werden.
- Der Einsatz von mehr "Street-Workern" sollen verstärkt werden um ein Auffangnetz für hilflose Jugendliche schaffen. Zudem muss die Schulsozialarbeit an den Schulen ausgeweitet werden.
- Ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen oder andere Bestrebungen einer Verbotskultur sind abzulehnen.
- Wir fordern die anhebung der Geldbußen bei Verstoß gegen die Gehwegreinigungssatzung, um unsere Straßen Müllfrei zu halten. Zudem soll eine groß angelegte Informationskampagne gestartet werden und eine Liste von allen Müllcontainern über die Stadt-App veröffentlicht werden. Auch sollen Spielplätze häufiger kontrolliert und gereinigt werden. Für eine moderne Abfallwirtschaft sollen die Mülleimer mit Sensoren zur eigenständigen Erkennung für die Entleerung eingesetzt werden. Zudem fordern wir ein Modellprojekt für neuartige Abfallstationen, die den Müll automatisch verdichten können.

Begründung: Erfolgt mündlich